



SOZIALE UNRUHEN?

KÖNNT IHR HABEN!

// AUFWERTUNG FÜR WEN?

Unsere Stadtteile verändern sich: Neu eröffnete Läden, Bars und Restaurants bestimmen die Straßenzüge, Kunstgalerien werben um zahlungskräftige Kunden, immer mehr Häuser werden saniert und in Eigentumswohnungen umgewandelt.

Der Kiez putzt sich heraus, er wird aufgehübscht und schicker. Dies ist allerdings nur die eine Seite der Medaille. An Bezirken wie Prenzlauer Berg oder Mitte zeigt sich, welche Auswirkung die von der Stadt geförderte „Aufwertung“ der Stadtteile hat: Dort mussten seit dem Fall der Mauer zwischen 50 und 80% der Bevölkerung ihre Wohnungen verlassen.

Denn wenn Stadt und Bezirk von Aufwertung sprechen, wird dabei kein schönerer Kiez für uns alle herauspringen. Ihre Aufwertung meint nichts anderes als die Verwertung unserer Stadt, Maximierung von Profit statt Verbesserung unserer Lebensqualität.

Während die Kosten für Miete und Grundbedürfnisse wie Wasser, Gas und Strom steigen, dümpeln Reallöhne und Sozialleistungen vor sich hin. Diese Entwicklung wird sich noch weiter verschärfen: Die Folgen der kapitalistischen Krise werden auf die Lohnabhängigen und die einkommensschwachen Haushalte abgewälzt, Armut und soziale Ungleichheit werden weiter zunehmen. Damit ist klar, wohin die Reise für weniger betuchte BewohnerInnen gehen wird: Wer es sich nicht leisten kann, wird von der Innenstadt in die Randgebiete gedrängt.

// SOZIALE UNRUHE? KÖNNT IHR HABEN!

Immer mehr BewohnerInnen wollen diese Verdrängung nicht hinnehmen. Sie sehen es nicht ein, dass angemessener Wohnraum von Einkommen, Lebensentwurf oder nationaler Herkunft abhängig sein soll. In Berlin haben sich eine Vielzahl

von Initiativen und Bündnissen gebildet, die gegen diese Politik mit vielfältigen Aktionen Widerstand leisten. Sie fordern eine allgemeine Mietobergrenze als Schutz vor Verdrängung und steigenden Mieten, den Erhalt aller alternativen Wohnprojekte und die Verhinderung von Zwangsumzügen von Menschen, die von Hartz IV leben müssen.

Mit bloßem Fordern ist es aber nicht getan - denn der Ausstieg aus einer Wohnungspolitik, die sich nur an Verwertung und Profitraten orientiert und nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung, wird nicht kampflos ablaufen.

WENN WOHNRAUM UNNÖTIG LEER STEHT, IST ES UNSER RECHT DIESEN ZU BESETZEN!

WIR HABEN EIN RECHT AUF WOHNEN, EIN RECHT AUF BLEIBEN, DORT WO WIR LEBEN WOLLEN!

DIESES RECHT MUSS VON UNS ERSTRITTEN WERDEN. AN JEDEM TAG, IN JEDER STADT UND IN JEDEM KIEZ! DIE STADT GEHÖRT UNS – HOLEN WIR SIE UNS ZURÜCK!

www.avanti-projekt.de



Steigende Mieten Stoppen!